

Rückblick →

Delegiertenversammlung in Davos: Gesundheit der Polizei rückt in den Fokus

Rund 250 Delegierte sowie Gäste aus Politik, Behörden und Partnerorganisationen versammelten sich in Davos zur diesjährigen Delegiertenversammlung. Organisiert wurde die Veranstaltung gemeinsam mit dem Polizeiverband Graubünden. Bei schönstem Wetter über Davos reisten die Delegierten mit dem Nostalgiezug aus Landquart an.

Text: Redaktionsteam police; Fotos: Michael Brooks

Neben den statutarischen Geschäften standen personelle Entscheidungen, der Austausch mit Bundesrat Beat Jans sowie die Herausforderungen für die Gesundheit und Arbeitsbelastung der Polizistinnen und Polizisten im Zentrum der Versammlung.

Kontinuität in der Verbandsführung

Die Delegierten bestätigten Emmanuel Fivaz aus Neuenburg als Präsidenten des VSPB für eine weitere Amtsperiode. Ebenfalls wiedergewählt wurde Vizepräsident Gerhard Schaub aus Zürich.

Neu in die Geschäftsleitung gewählt wurde Pascal Simmen, Chef Prävention bei der Kantonspolizei Schwyz. Er tritt die Nachfolge von Roger Huber an, der aufgrund der statutarischen Amtszeitbeschränkung aus dem Gremium ausscheidet. Zudem wurden fünf neue Mitglieder in den Zentralvorstand gewählt.

Präsident Emmanuel Fivaz und die Delegierten würdigten das langjährige Engagement von Roger Huber für den Verband und den Polizeiberuf in der Schweiz. Sein Einsatz hat die Arbeit des VSPB über viele Jahre hinweg geprägt und wichtige Entwicklungen mitgestaltet.

Besuch von Bundesrat Beat Jans

Zu den Höhepunkten der Delegiertenversammlung zählte der Besuch von Bundesrat Beat Jans. Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements nahm sich Zeit für Gespräche mit den Delegierten und zeigte grosses Interesse an den Anliegen der Polizistinnen und Polizisten. Für den VSPB ist dieser Dialog von besonderer Bedeutung, da zahlreiche Herausforderungen der Polizeiarbeit auch auf nationaler Ebene diskutiert und angegangen werden müssen.

Gesundheit wird zum Schwerpunktthema

In seiner Rede richtete Generalsekretär Max Hofmann den Blick auf die zunehmenden Belastungen im Polizeiberuf. Die Arbeitslast hat in den vergangenen Jahren vielerorts deutlich zugenommen. Gleichzeitig kämpfen zahlreiche Polizeikörper mit Personalmangel und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Nachwuchs.

Hinzu kommen eine zunehmend schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie ein spürbarer Rückgang des Respekts gegenüber Polizeimitarbeitenden. Diese Entwicklungen führen bei vielen Polizistinnen und Polizisten zu wachsendem Stress und Unwohlsein. «Die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten muss zu einer Priorität werden», betonte der Generalsekretär vor den Delegierten.

Der VSPB nimmt diese Herausforderungen ernst. Mit der Arbeitsgruppe «Fokus Gesundheit» hat der Verband bereits eine Plattform geschaffen, die sich vertieft mit den gesundheitlichen und psychosozialen Belastungen im Polizeiberuf auseinandersetzt. Eine erste Mitgliederumfrage wurde bereits durchgeführt und liefert wichtige Erkenntnisse für die weitere Arbeit.



Wurde als VSPB-Präsident bestätigt: Emmanuel Fivaz. Herzlichen Glückwunsch!

Der VSPB bedankt sich herzlich beim Polizeiverband Graubünden und dem gesamten Organisationskomitee für die ausgezeichnete Organisation der Delegiertenversammlung und des Thementags. Mit viel Engagement, Gastfreundschaft und grossem persönlichem Einsatz haben unsere Bündner Kolleginnen und Kollegen den Teilnehmenden unvergessliche Tage in Davos ermöglicht. Der kameradschaftliche Austausch, die professionelle Durchführung und die herzliche Atmosphäre haben einmal mehr gezeigt, was unsere Polizeifamilie auszeichnet. Vielen Dank für euren grossartigen Einsatz.

Thementag: «Föderalismus – ein Hindernis für die innere Sicherheit?»

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des Föderalismus. Im Rahmen der Veranstaltung fand ein Thementag zur inneren Sicherheit statt. Unter dem Titel «Föderalismus – ein Hindernis für die innere Sicherheit?» diskutierten hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Polizei, Bund und Sicherheitsbehörden über aktuelle Herausforderungen.

Als Referierende nahmen teil:

- Eva Wildi-Cortés, Direktorin des Bundesamts für Polizei fedpol
- Martin von Muralt, Delegierter Sicherheitsverbund Schweiz
- Marius Weyermann, Kommandant der Kantonspolizei Zürich
- Pascal Lüthi, Direktor Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)

Martin von Muralt, Eva Wildi-Cortés, Moderator Adrian Plachesi, Marius Weyermann und Pascal Lüthi während der Podiumsdiskussion.

Zusammenfassung der Referate

Martin von Muralt

Martin von Muralt hielt zunächst eine umfassende und äusserst interessante Übersichtspräsentation. Anschliessend vertiefte er verschiedene Aspekte der heutigen hybriden Bedrohungen, deren Komplexität sich nur schwer vollständig wiedergeben lässt. Den Kern seines Referats fasste er jedoch in fünf Stärken des föderalen Modells zusammen:

- die flächendeckende territoriale Präsenz der 26 Kantonspolizeien sowie der kommunalen Polizeikörpers
- eine natürliche Resilienz, da es keinen einzelnen Ausfallpunkt gibt
- die sprachliche und mediale Vielfalt, welche die Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation stärkt
- die hohe demokratische Legitimität, die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie das Vertrauen in die Institutionen
- die kantonale Vielfalt als Labor für bewährte Praktiken und Innovationen

Demgegenüber nannte er ebenfalls fünf Schwächen des Systems im Umgang mit hybriden Bedrohungen:

- zu langsame Entscheidungsprozesse für eine wirksame Reaktion
- rechtliche Schranken, welche den Informationsaustausch behindern
- die grosse Heterogenität der kantonalen Fähigkeiten
- das Fehlen einer einheitlichen nationalen Doktrin zu hybriden Bedrohungen
- die Neutralität der Schweiz, welche die Zusammenarbeit im Bereich Nachrichtendienst und Informationsbeschaffung begrenzt



Die Herausforderung bestehe nicht darin, das System zu zentralisieren, sondern eine zusätzliche Ebene einer hybriden Governance zu schaffen, die rasch aktiviert werden kann und operativ integriert ist. Dabei gelte es, das Gleichgewicht zwischen operativer Wirksamkeit und demokratischer Legitimität zu wahren.

Auf die Frage, wie die Organisation verbessert werden könne und wer dafür Verantwortung trage, antwortete Martin von Muralt: «Wir alle, gemeinsam in einem Netzwerk.» Auf hybride Bedrohungen brauche es hybride Antworten. Der erste Ball liege jedoch im Feld der zivilen Behörden.

Eva Wildi-Cortés

Die Direktorin von fedpol eröffnet ihr Referat mit einem bekannten Zitat: «It takes a network to stop a network.» Damit lässt sie keinen Zweifel an ihrer Haltung. Der Föderalismus ist eine Stärke.

Eva Wildi-Cortés verteidigt und lobt unser System ohne Zögern, und ihre Begeisterung ist ansteckend. Kein Klagen, keine Kritik. Selbst als in der abschliessenden Diskussion versucht wird, Schwachstellen aufzuzeigen oder zumindest kritische Punkte zu finden, bleibt sie standhaft.

Der Föderalismus müsse ständig weiterentwickelt werden, Zuständigkeiten müssten geschärft und Prioritäten gemeinsam festgelegt werden. Dennoch bleibt für sie klar: Der Föderalismus ist eine Stärke.

Zunächst erläutert sie die Aufgaben von fedpol als zentrale Polizeibehörde des Bundes. Dazu gehören die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und schwerer Wirtschafts- und Finanzdelikte, die nationale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit, die Entwicklung und der Betrieb nationaler Informationssysteme sowie der Schutz von Personen und Gebäuden in der Verantwortung des Bundes. Das gemeinsame Ziel ist jedoch immer dasselbe: Sicherheit.

«Das gemeinsame Ziel ist jedoch immer dasselbe: Sicherheit.»



Das Galadinner fand bei bestem Wetter auf der Schatzalp statt.

Die Direktorin nennt verschiedene aktuelle und konkrete Beispiele, um die Wirksamkeit einer föderalen Zusammenarbeit zu verdeutlichen. Dazu gehören die Erpressungsfälle mit Sprengstoffanschlägen in Genf im Jahr 2025, ein Fall von Geldwäscherei und Drogenhandel in Luzern im Jahr 2024 sowie die laufenden Ermittlungen zu einer Serie von Diebstählen von Luxusfahrzeugen.

Der Erfolg solcher Ermittlungen wäre ohne das Zusammenwirken von Kantonen und Bund undenkbar. Jede Ebene bringt ihre eigenen Aufgaben, Stärken und Fachkompetenzen ein. Der Föderalismus im Polizeiwesen funktioniert gut und ist unersetzlich.

Die kantonalen Polizeikörper bilden dabei die wichtigste Polizeikraft. Sie kennen die Situation vor Ort, sind im direkten Kontakt mit der Bevölkerung und erkennen Probleme frühzeitig. fedpol konzentriert sich auf grenzüberschreitende Kriminalität und die Koordination der verschiedenen Polizeibehörden. Während die kantonalen und kommunalen Polizeien für die öffentliche Sicherheit zuständig sind, trägt fedpol die Verantwortung für die innere Sicherheit.

Der Föderalismus ist ein Vorteil und ein wirksames Instrument, das bestmöglich genutzt werden muss, um die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten. Die Zuständigkeiten müssen laufend weiterentwickelt werden, betont die Direktorin. Gemeinsam gelte es, Prioritäten festzulegen und einen reibungslosen, kontinuierlichen und schnellen Informationsaustausch sicherzustellen. In diesem Zusammenhang verweist sie auf POLAP sowie auf die nationale Strategie gegen die organisierte Kriminalität.

Kriminelle Organisationen sind keine statischen Gebilde. Sie verändern und entwickeln sich ständig weiter, modernisieren ihre Methoden und arbeiten zunehmend miteinander zusammen. Nur durch Zusammenarbeit können die Behörden wirksam handeln und das gemeinsame Ziel erreichen: Sicherheit und Gerechtigkeit.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist die Sensibilisierung. Sie darf nicht unterschätzt werden. Es gibt zahlreiche Warnsignale, die erkannt werden müssen. Behörden mit Präsenz vor Ort müssen diese Anzeichen wahrnehmen können, ebenso wie die Bevölkerung. Organisierte Kriminalität ist

längst kein Tabuthema mehr. Sie betrifft uns unmittelbar und hat spürbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Eva Wildi-Cortés ist überzeugt, dass die Schweiz auf dem richtigen Weg ist.

Marius Weyermann

«Die Polizei kann Föderalismus», sagte Marius Weyermann an der Delegiertenversammlung des VSPB in Davos. Aus seiner Sicht hat das Schweizer System über Jahrzehnte bewiesen, dass unterschiedliche Polizeikorps trotz verschiedener Strukturen, Ressourcen und gesetzlicher Grundlagen erfolgreich zusammenarbeiten können. Gerade Grossereignisse und komplexe Ermittlungen würden regelmässig zeigen, dass die Kooperation über Korps- und Kantonsgrenzen hinweg funktioniert.

Weyermann betonte, dass der Föderalismus den unterschiedlichen geografischen, kulturellen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Schweiz Rechnung trage. Ob urbane Zentren wie Zürich oder ländliche Re-

gionen – die Herausforderungen seien nicht überall dieselben. Entsprechend brauche es massgeschneiderte Lösungen vor Ort.

Am Beispiel des Kantons Zürich zeigte der Kommandant die Komplexität dieser Zusammenarbeit auf. Neben der Kantonspolizei sorgen zwei Stadtpolizeien und 36 Kommunal-Polizeien für Sicherheit. Gemeinsame Ausbildung, abgestimmte Einsatzverfahren, einheitliche Ausrüstung und klar geregelte Zuständigkeiten seien entscheidend, damit dieses System funktioniere.

Gleichzeitig sieht Weyermann Handlungsbedarf. Insbesondere bei der Bekämpfung der digitalen Kriminalität stossen selbst grosse Polizeikorps an ihre Grenzen. Kompetenzen müssten deshalb stärker gebündelt, Daten besser analysiert und Lagebilder schweizweit harmonisiert werden. Ebenso brauche es tragfähige rechtliche Grundlagen und eine offene Diskussion über die Finanzierung gemeinsamer Leistungen.

Sein Fazit fiel klar aus: Der Föderalismus bleibt eine Stärke der Schweizer Polizeilandschaft. Damit dies so bleibe, brauche es jedoch starke Partnerschaften, gegenseitiges Vertrauen und die Bereitschaft, über Korps- und Kantonsgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Pascal Lüthi

Pascal Lüthi sprach aus seiner Funktion als Direktor des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), erinnerte aber auch daran, dass er seit über 30 Jahren im Bereich der Sicherheit in der Schweiz tätig ist.



Das Organisationskomitee der diesjährigen DV, zusammen mit Bundesrat Beat Jans.

Für Pascal Lüthi stellt der Föderalismus kein Hindernis für die Sicherheit dar. Er löse jedoch nicht alle Probleme. Man müsse mit ihm arbeiten, denn er gehöre zur Schweiz und zu ihrer Identität.

Bereits bei der Gründung des modernen Bundesstaates im Jahr 1848 stellte sich die Frage, wie die Landesgrenzen überwacht werden sollten. Einige Jahrzehnte später wurde deshalb das Grenzwachtkorps geschaffen. Während der beiden Weltkriege gelang es den Polizeikorps, der Armee und dem Grenzwachtkorps trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten und rechtlicher Rahmenbedingungen pragmatisch zusammenzuarbeiten. Mit dem Beitritt zum Schengen-Raum mussten sich die Kantone erneut an veränderte Rahmenbedingungen anpassen.

Für Pascal Lüthi ist heute der richtige Zeitpunkt gekommen, einen vertieften Dialog zwischen Bund und Kantonen zu führen. Wenn der Föderalismus respektiert werden solle, müsse die Initiative dafür von den Kantonen ausgehen. Im Zentrum stehe die Frage der Zuständigkeiten, und gerade der Föderalismus ermögliche es, solche Grundsatzfragen offen zu diskutieren.

Podiumsdiskussion

Nach den Referaten leitete Adrian Plachesi eine Podiumsdiskussion mit den Referierenden.

Der kurz zuvor verübte Terroranschlag in Winterthur bot Anlass für eine sehr konkrete Debatte über den Föderalismus, insbesondere über den Informationsaustausch zwischen den Behörden. Wäre der Täter ausserhalb seines Wohnkantons aktiv geworden, hätte die zuständige Polizei möglicherweise nichts von seinen Vorstrafen oder seinem Hintergrund gewusst.

Der Kommandant der Kantonspolizei Zürich nutzte die Gelegenheit, erneut die Schaffung einer nationalen Plattform für den Informationsaustausch zu fordern, ein Anliegen, für das er sich seit Jahren vergeblich einsetzt.

Genau darin liegt eines der Hauptprobleme: Sowohl die Mitarbeitenden an der Front als auch die Führungskräfte wünschen sich einen besseren Informationsaustausch. Was fehlt, ist der politische Wille auf kantonaler wie auch auf Bundesebene. Es braucht einen gesunden Impuls, der über kantonale Eigeninteressen hinausgeht. Eine entsprechende Motion liegt bereits seit zehn Jahren vor, doch die Fortschritte bleiben gering und der Weg ist beschwerlich. Die Behörden müssten die Notwendigkeiten klar benennen und gemeinsam am gleichen Strick ziehen.

Martin von Muralt stellte fest, dass die Schweiz in vielerlei Hinsicht von einem «Schönwetter-System» profitiere – sowohl finanziell als auch geografisch. Das bedeute einerseits Wohlstand, andererseits aber auch eine gewisse Verletzlichkeit gegenüber neuen Herausforderungen. Eigentlich müssten Ressourcen stärker gebündelt werden,

tatsächlich ziehe sich jedoch jeder zunehmend in seine eigene Zuständigkeit zurück.

Für Pascal Lüthi steht nicht die Frage der Zentralisierung im Vordergrund, sondern die mangelnde Abstimmung zwischen Erwartungen, Auftrag und verfügbaren Ressourcen. Die Erwartungen der Bevölkerung könne man nicht direkt beeinflussen. Mit den vorhandenen Ressourcen müsse man arbeiten. Beim Auftrag hingegen bestehe

Handlungsbedarf, insbesondere bei den gesetzlichen Grundlagen, die angepasst werden müssten.

Martin von Muralt ergänzte, dass es oft schwieriger sei, zwischen den sieben Bundesdepartementen einen Konsens zu finden als zwischen den 26 Kantonen. Ein weiteres Problem auf Bundesebene sei die Festlegung von Prioritäten. Dies stelle eine grosse Herausforderung dar.

Teilnehmende der Delegiertenversammlung bestätigten aus eigener Erfahrung, dass viele Doppelspurigkeiten bestehen. Trotzdem komme wenig

voran, weil die Verantwortung häufig weitergereicht werde. Insgesamt seien sich die Anwesenden jedoch einig: Der Föderalismus bleibe ein wertvolles und grundsätzlich gutes System.

Auf die Frage nach konkreten Lösungsansätzen erklärte Martin von Muralt, es brauche agile Formen der Zusammenarbeit. Die Kantone müssten über ihre politischen Vertretungen stärker eingebunden werden. Zudem sei es an der Zeit, einen Gang höher zu schalten. Die Behörden verfügten über das notwendige Fachwissen, während die Politik andere Aufgaben wahrnehme. Jeder müsse seine Rolle wahrnehmen, und die Entscheidungsträger müssten handeln, sobald tragfähige Lösungen vorliegen. Sein Fazit lautete: Alle Beteiligten müssen am gleichen Strick ziehen und gemeinsam Prioritäten festlegen. ←

«Sowohl die Mitarbeitenden an der Front als auch die Führungskräfte wünschen sich einen besseren Informationsaustausch.»



Hier gehts zur
Bildergalerie